

— Zwölfter Jahrgang. —

Nr. 22.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

22. Woche für die Zeit vom 29. Mai bis 4. Juni 1903.

Posen, den 9. Juni 1903.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 117 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 24. Mai 1903:

Akademische Vortrags-Kurse.

Um den immer fühlbarer werdenden Bildungsmangel unserer Volksgeamtheit auf dem Gebiete der Philosophie, Soziologie, Literatur und der schönen Künste wenigstens zum teil zu ergänzen, beabsichtigt das unterzeichnete Komitee im nächsten Monat akademische Vortragskurse einzurichten.

Alljährlich kommen nach Posen Professoren deutscher Universitäten und höherer Lehranstalten, um Vorträge zu halten, welche sich bei ihren Landsleuten einer großen Popularität und Frequenz erfreuen. Unsere Verhältnisse lassen dies leider nicht zu; es fehlt uns an Leuten, Zeit und an Lust, so daß wir außer den vom Miciewicz-Verein veranstalteten Sonntags-Vorträgen in dieser Beziehung nur sporadisch wirksam waren, indem einzelne Vorträge gehalten wurden, welche der Natur der Sache entsprechend in dem engen Rahmen eines Abends nur ein Teilchen aus dem Gebiete des behandelnden Gegenstandes bieten konnten.

Mit dem Verreisen des polnischen Theaters hört das geistige Leben in Posen auf. Daher nehmen wir an, daß die interessierten Kreise unseres Publikums für die ihnen gebotene Gelegenheit zur Vervollkommenung ihrer allgemein-wissenschaftlichen Bildung dankbar sein und bereitwillig diese Vorträge besuchen werden. Der Inhalt dieser Vorträge ist folgender:

1. Einführung in die Philosophie mit Umrissen der philosophischen Systeme der neueren Epoche.
2. Die Grundgesetze der idealistischen Philosophie.
3. Die soziale Frage und unsere ihr gegenüber zu erfüllende Aufgabe.
4. Das goldene Zeitalter in der polnischen Literatur.
5. Silhouetten der neuzeitigen polnischen Schriftsteller.

6. Das Wiederaufleben der italienischen Kunst und ihr Einfluß auf die neuesten Zeiten.

Es werden je zwei Vorträge Montags, Mittwochs und Freitags von 8 bis $1\frac{1}{2}$ 10 Uhr Abends im Saale des Dzialynski-Palais gehalten werden. Beginn der Vorträge am Freitag den 5. Juni. Diejenigen Personen, welche an diesen Vorträgen teilnehmen wollen, belieben Eintrittskarten für den ganzen Monatskursus zum Preise von 2 M. bei der Firma A. Rose, in der polnischen Buchhandlung (Templowicz, Hotel de France) und in der St. Adalberts Buchhandlung (St. Martin-

straße 69) in Empfang zu nehmen. Außer diesen Karten sind auch Eintrittskarten für den einzelnen Abend zum Preise von 25 Pf. in denselben Geschäften zu haben.

Dr. Thadäus Jaworski, Walerian v. Lebinski, Dr. Stefan Michalski, Kazimir Rucinski, Dr. Johann A. Szumamm, Geistl. Kazimir Zimmermann.

Aus Nr. 124 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 3. Juni 1903:

Aus dem Pissa'schen.

In unserm Wahlkreise werden wir 4 Abgeordneten-kandidaten haben, und zwar einen Polen, einen Konser-vativen, einen Zentrumsmann und einen Sozialisten. Es scheint also zu einem heftigen Kampfe kommen zu sollen. Für uns Polen giebt es keinen Zweifel, für wen wir am 16. Juni d. J. unsre Stimmen abgeben werden. Unser Mann ist der von der Delegierten-versammlung in Posen nominierte geistliche Rat Mojzykiwicz-Priement. Merkwürdig ist es, wie sich der hiesige Bruchteil der Zentrumspartei uns gegen-über verhält. Die natürlichen Bundesgenossen dieser Partei, welche infolge des gemeinsamen Glaubens die Polen sind, werden beiseite geschoben, und man streckt die Fühler nach allen übrigen Seiten aus, denn man spricht von einem Bündnis des Zentrums mit den Liberalen, diesen uralten Feinden der katholischen Kirche, und die freisinnige Partei soll auch schon versprochen haben, für den Zentrums-kandidaten zu stimmen. Das Bündnis zwischen den Konser-vativen und den Zentrums-leuten soll nicht zustande gekommen sein. Nicht genug also, daß die Gegner des Katholizismus bestrebt sind, die unter den hiesigen Deutschkatholiken an und für sich schon schwache katholische Solidarität noch mehr zu schwächen, auch das Zentrum bietet seine Hand dazu, indem es sich gerührt in die Arme der Feinde der Kirche wirft, um nur nicht der Solidarität mit den polnischen Katholiken beschuldigt zu werden. Der Mangel an bürgerlichem Mut und der Chauvinismus siegen über die heiligen Grundsätze. Eine traurige Erscheinung ist es ferner, daß auch einige polnische Pröpste aus dem Kreise Fraustadt, welche eine an-sehnliche Zahl polnischer Parochianen unter sich haben, der gemeinsamen polnisch-katholischen Sache untreu zu werden drohen, und es wäre sehr bedauernswert, wenn die in dieser Hinsicht in der Stadt kursierenden Gerüchte sich bewahrheiten sollten. Der Verlust der polnischen Stimmen in solchen rein polnischen Dörfern wie z. B. Bukwitz, Luschwitz wäre für unsre Sache ein empfind-

licher Schlag. Es gilt durchaus, in diesen Dörfern Wahlversammlungen zu veranstalten. Immerhin ist, ob nun Aussicht vorhanden ist, den polnischen Kandidaten durchzubringen oder ob keine solche Aussichten vorhanden sind, — was vorher nicht berechnet werden kann — die Leitung des polnischen Volkes auf falsche Bahnen eine verkehrte Sache. In der laufenden Legislaturperiode haben die Polen im Lissa'schen das Recht, die Wahl ihres Kandidaten durchzusetzen, und sie fordern von den Deutschkatholiken, daß diese die Polen unterstützen, ebenso wie beim nächsten Male alle Polen ohne Murren ihre Stimmen dem Zentrums-kandidaten geben würden. Wenn der Wahlkreis Lissa—Fraustadt für die Katholiken verloren geht, so werden einzig die Deutschkatholiken daran schuld sein.

Aus Nr. 125 des Ogródownik (Posen)
vom 4. Juni 1903:

Den Komitees des Wahlkreises Samter etc., besonders demjenigen des Kreises Obornik sowie den dortigen Führern der Volksbewegung empfehlen wir die energischste Agitation für ihren Kandidaten, da, wie der Warschauer Wiek berichtet, die Ansiedlungskommission einige hundert deutsche Kolonisten aus Rußland und dem Königreich Polen, (— man schätzt, daß es 700 Männer seien) im Kreise Obornik angesiedelt und die Sache so eingerichtet hat, daß sie die Leute noch einige Tage vor Schließung der Wählerlisten heranzog. Gewiß hat die Ansiedlungskommission dafür gesorgt, daß alle Ansiedler in die Wählerlisten eingetragen wurden. Achtung mithin!

Aus Nr. 121 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 29. Mai 1903:

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Einige Blätter verlangen von mir, ich möchte öffentlich Beweise für meine Behauptung von der Bestechung und Verleumdung anführen. Den Wunsch werde ich in dieser Form nicht erfüllen, denn ich bin der Ansicht, daß die öffentliche Nennung von Namen in einer verkehrten und tadelnswerten Angelegenheit weder im Interesse der Allgemeinheit, noch einzelner Personen liegt, die vielleicht nur durch zu übermäßige Heißblütigkeit gekehrt haben.

Ich bin also bereit, Material zwecks Erwägung, ob meine Behauptungen grundlos waren, vertraulich vor einem Kreise von Männern vorzulegen, wozu ich die 4 Vorsitzenden der Wahlkomitees der entsprechenden Kreise sowie den Vorsitzenden des Zentralkomitees einlade. Diesen Herren werde ich die Sache vorstellen.

Zuletzt erkläre ich, daß meine Vorwürfe nicht irgend einer Partei, sondern unberufenen, den Wählern sich aufdringenden Rädelsführern galten.

Józef Czartoryski.

Alt-Cielec, den 27. Mai 1903.

NB. Wir erklären uns damit durchaus einverstanden, die Angelegenheit auf die im obigen Schreiben angegebene Weise zu schlichten, denn der gegenwärtige Zeitpunkt erscheint nicht günstig genug, als daß die öffentliche Meinung durch Entschleierung persönlicher Angelegenheiten vor der breiten Öffentlichkeit erhitzt werde. Dazu wird schließlich nach den Wahlen und nach einmütig und ruhig verlaufener Wahlagitation Zeit sein.

Bei dieser Gelegenheit bestätigen wir, was der Ogródownik zugegeben hat, daß die letzten Wahlen Herrn Andrzejewski 1500 Mark und nicht 20 000 Mark kosteten, wie wir gemäß der lauten Meinung in ganz Posen behauptet hatten. Auf die Höhe der Summe kommt es nicht an. Auch Wahlwurst genügt — zur Bestechung.

Aus Nr. 122 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 30. Mai 1903:

Offener Brief an den Fürsten Józef Czartoryski.

Mit Ungeduld erwarteten wir eine Antwort des Fürsten Czartoryski auf unsere Bitte, er möge für die Wahlbestechung im Kreise Kosten-Schmiegel-Grätz-Reutomişel Beweise anführen. — Nach mehr-tägiger Zögerung nahm Fürst Czartoryski endlich das Wort. Diese zweite Erklärung des Fürsten ist nicht mehr in so scharfer Form gehalten, wie die erste, worin der Fürst die Tätigkeit der Volkspartei als eine „Zahrmartsfarce“ brandmarkt, von Entehrung der Grundsätze, von Wirishausraufereien, von Mißbräuchen und zuletzt von „der 4. Teilung Polens“ spricht. Der Ton der zweiten Erklärung des Fürsten ist schon bedeutend milder. Er nimmt aber keinen der erhobenen Vorwürfe zurück, ja er hält sogar weiter den schwersten, d. i. den Vorwurf der Bestechung aufrecht; er verweigert geradezu die Annahme der an ihn gestellten Forderung, seine Behauptungen öffentlich durch Beweise zu begründen.

So müssen wir denn dieses Hervortreten des Fürsten als ein schweres dem ganzen Wahlkreise zugefügtes Unrecht ansehen. Wir meinen, daß er sofort bei seinem ersten Auftreten verpflichtet war, öffentliche Beweise für seine Behauptung beizubringen. Jedenfalls ist er hierzu jetzt verpflichtet, wo es die öffentliche Meinung direkt fordert.

Der erhobene Vorwurf wurde öffentlich und nicht vertraulich vor den Vorsitzenden getan; daher müssen die Wahrheitsbeweise öffentlich geführt werden. Wenn es dem Fürsten scheint, daß eine öffentliche Nennung von Namen in der „verkehrten und tadelnswerten Angelegenheit“ nicht im Interesse der Allgemeinheit liegt, so hätte er jene Vorwürfe auch nicht öffentlich erheben sollen. — Wir dagegen haben, gestützt auf den gegenwärtigen Stand der Meinung im Wahlkreise, die gegenteilige Überzeugung, daß die vertrauliche Behandlung dieser Angelegenheit die größte Erbitterung und Beunruhigung unter der Wählerschaft hervorrufen muß, und das muß unbedingt vermieden werden, damit schließlich ein für allemal die ganze Sache aufgeklärt und beendet sowie das den Kandidaten, Wählern und ihren „Rädelsführern“ zugefügte odium beseitigt wird.

Außerdem befeht uns ein dem Fürsten unbekanntes, für uns aber teures Gefühl, das Verlangen nämlich, daß auf der Volkspartei nicht der Vorwurf laste, als fürchtete diese eine klare Beweisführung seitens des Fürsten.

Der Fürst erhob zum wiederholten Male den Vorwurf der Bestechung und erklärt, er habe zwar Beweise, wolle sie aber nur vertraulich mitteilen. Wir fordern im Namen der Gerechtigkeit, im Namen jener Politik der Ehrlichkeit, worauf sich der Fürst in seiner Deklaration beruft, daß er unverzüglich die Namen der Bestecher und Bestochenen zur öffentlichen Kenntnis bringe. Betroffen zu fühlen brauchen sich nicht die Vorsitzenden der Komitees, sondern die Wähler und alle, welche an der Agitation teilgenommen haben oder zu deren Vorteil agitiert wurde. Mithin hat als ehrlicher Mensch jeder von ihnen das Recht, eine

öffentliche und deutliche Beweisführung zu verlangen. Als Anhänger der Volkspartei, für deren guten Ruf wir sorgen, werden wir, falls der Fürst Beweise beibringt und Namen nennt, zur Reinigung der Partei von den sie kompromittierenden Elementen beitragen können, ein Beweismangel dagegen wäre gegebenenfalls die größte Genugtuung für die Partei, gegen welche soviel geschrieben und gesprochen wurde.

Zugleich betonen wir, daß wir uns mit der Umschreibung des Fürsten nicht einverstanden erklären, wenn er in seiner zweiten Erklärung angiebt, daß die von dieser Sache Betroffenen vielleicht nur durch ihre übermäßige Heißblütigkeit gelehrt haben. Wir beurteilen einen solchen Mißbrauch weit schärfer und erklären, daß wir Bestechung als gemeine Entartung der guten Sitte ansehen, als Mangel an persönlichem und politischem Ehrgefühl. Wenn dem Fürsten solche Leute in dem Wahlkreise bekannt sind, so nenne er sie mit Namen.

Posen, den 29. Mai 1903.

Alfred v. Chlapowski aus Bonikowo.

Dr. Konieczny aus Schmiegel.

Dr. Felician v. Niegolewski aus Posen.

Stanislaus v. Niegolewski aus Niegolewo.

Ladislaus Szubert aus Großdorf.

Aus Nr. 119 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 27. Mai 1903:

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

Die geehrte Redaktion bitte ich ergebenst, nachstehendes Schreiben in die heutige Nummer des Dziennik aufzunehmen.

Die Erklärung des Fürsten Józef Czartoryski hat in unserm Kreise ein lebhaftes Echo geweckt. Die Behauptung des Fürsten, Herr v. Skarzynski habe resigniert, ist eine Angelegenheit, die zwischen ihm und Herrn v. Skarzynski auszumachen ist, und sie wird ohne Zweifel in der Delegiertenversammlung ihre Erledigung finden.

Etwas anderes ist die Angelegenheit betreffend die Bestechung. Diese geht alle an, welche an der Wahlaktion teilgenommen haben. In dieser Angelegenheit gestatte ich mir die Ansicht zu äußern, daß Fürst Czartoryski soweit es ihm gelang, die widerliche Tatsache der Bestechung zu Gunsten des Herrn v. Skarzynski aufzudecken, die heilige Pflicht gehabt hat, die allgemeine Aufmerksamkeit darauf zu lenken.

Bestechung bei den Wahlen ist die schändlichste Entartung der bürgerlichen Freiheit; sie ist eine Erscheinung des Verfalls der Gesamtheit, eine Krankheit, gegen die man nicht zeitig genug auftreten kann.

Darum wünsche ich, obgleich ich zu den Anhängern der Kandidatur des Herrn Kammerherrn Cegielski nicht gehöre, als Kostener Wähler umsomehr, daß die vom Fürsten aufgeworfene Frage so schnell als möglich aufgeklärt werde.

Wer hat bestochen und wer ist bestochen worden? Namen sind hier notwendig; um der Ehre unsres Kreises wegen, um uns Gelegenheit zu bieten, die Bestechenden und die Bestochenen aufs schärfste zu brandmarken, ersuche ich den Fürsten, den Namen zu nennen. Er wird sich die Dankbarkeit aller Parteien, aller ehrlichen Leute damit erwerben. Ich füge noch hinzu, daß sofort nach dem Durchlesen der Erklärung des Fürsten eine ganze Reihe von wohlgesinnten Leuten, welche die örtlichen Verhältnisse vorzüglich kennen, Untersuchungen angestellt hat, um festzustellen, ob Be-

stechung vorliegt. Bis jetzt haben wir trotz angestrengter Bemühungen nicht feststellen können, daß solche Bestechung zu Gunsten des Herrn v. Skarzynski vorliegt.

Ich zweifle nicht daran, daß der Fürst, der doch f. B. selbst Abgeordneter von Kosten gewesen ist, als ein in öffentlichen Angelegenheiten erfahrener Mann unserm Kreise einen so schweren Vorwurf nicht gemacht haben würde, wenn er nach dieser Richtung hin nicht über genaues Informationsmaterial verfügte. Die Publikation dieses Materials erwarten wir in kürzester Zeit.

Mit schuldiger Achtung

Alfred v. Chlapowski.

Aus Nr. 121 des Kuryer Poznański (Posen)

vom 29. Mai 1903:

Von Herrn Dr. v. Niegolewski erhalten wir nachstehenden Brief:

„Die geehrte Redaktion bitte ich ergebenst im Namen der Unparteilichkeit um Aufnahme nachstehender Worte:

In seiner Erklärung, worin Fürst Czartoryski bekundete, daß Herr v. Skarzynski ein Mandat nicht annehmen werde, machte er auch den Segnern der Kandidatur Cegielski den Vorwurf der Bestechung. Auf diesen Vorwurf hat, soweit er den Kreis Kosten betrifft, bereits der Kostener Delegierte Herr Kasimir v. Chlapowski-Kopaszewo geantwortet, und nicht minder hat in dieser Angelegenheit sich Herr Alfred Chlapowski-Bonikowo unter Forderung der Namensnennung geäußert.

Da jedoch die Wahlagitatio in allen vier Kreisen des Wahlkreises stattgefunden hat und da sie sich anfangs gegen Herrn Cegielski zu meinen Gunsten richtete, fühle ich mich ebenfalls gezwungen, das Wort zu nehmen, und den Fürsten zu ersuchen, daß er deutlich und kategorisch erkläre, wer bestochen habe und wer bestochen worden sei. Auch füge ich, was schon Herr Alfred v. Chlapowski hervorgehoben hat, hinzu, daß eine ganze Reihe von wohlgesinnten Leuten im Kreise Grätz, die durch den vom Fürsten erhobenen Vorwurf schwer betroffen worden sind, Nachforschungen ins Werk gesetzt haben, um jede Erscheinung der Bestechung zu meinen Gunsten aufzudecken und aufs Schärfste zu brandmarken.

Bisher haben wir nichts aufzudecken vermocht. Es bleibt uns jetzt einzig übrig, den Fürsten zu ersuchen, mit der Aufklärung eines so schweren Vorwurfs nicht länger zu säumen.

Es handelt sich hier um die Ehre nicht nur unsres Wahlkreises, sondern auch unsres ganzen Landesteils.

Posen, 18. 5. 1903.

Mit schuldiger Hochachtung
Dr. J. v. Niegolewski.

Aus Nr. 117 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 26. Mai 1903:

Pinne, den 24. Mai 1903.

Die geehrte Redaktion des Goniec frage ich, ob es am Himmelfahrtstage und am Sonntag, den 24. Mai gestattet war, die Wahllisten einzusehen. Hier in Pinne hat dies der Bürgermeister bezw. der Stadtschreiber am heutigen Sonntag und am vorigen Donnerstag nicht gestattet.

Darauf antworten wir, daß der Bürgermeister oder der Sekretär geschwidrig verfahren haben; denn sowohl am Donnerstag als auch am Sonntag war

das Einsehen der Wählerlisten gestattet. Dies Verbot ist ein Übergriff, und es gilt, bei den zuständigen Beamten Beschwerde zu führen. Auch kann dies Verbot gegebenenfalls Anlaß zur Ungültigkeitserklärung der Wahl geben. Red.

Aus Nr. 125 des Ogrędownik (Posen)

vom 4. Juni 1903:

Aus Bromberg

erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Bromberg, den 29. Mai 1903.

Unser neu gewähltes Wahlkomitee für Bromberg Stadt ist außergewöhnlich rührig, so daß ihm zu wünschen ist, daß seine Tätigkeit nicht ohne Erfolg bleibe und daß unser beliebte Kandidat Herr Leo v. Czarinski aus Thorn zum Abgeordneten gewählt werde. Wunsch des Bürgertums der Stadt Bromberg ist es, daß das Wahlkomitee, zu welchem in seiner heutigen Zusammensetzung alle Bürger der Stadt das höchste Vertrauen haben, sich auch der Gemeindeangelegenheiten annehme. Es handelt sich jetzt nämlich um die neuen Wahlen zum Kirchenvorstande und zur Kirchengemeindevertretung. Bekanntlich hat der Herr Propst vor 3 Jahren mit Hilfe des katholischen Arbeitervereins die Wahl seiner Kandidaten durchgeführt, wobei er die Wahl langjähriger und verdienter Mitglieder beider Körperschaften nicht zuließ, jedoch Arbeiter und kleinere Handwerker darinließ, auf deren Stimmen er in jeder Hinsicht rechnen kann. Angesichts dessen, daß der Herr Sanitätsrat Broblewski, ein gelehrter und tüchtiger Arzt, der jedoch an der nationalen Bewegung absolut sich nicht beteiligt, sein Amt als Vertreter des Patronats niedergelegt hat, ist die öffentliche Meinung sehr entrüstet, wozu auch noch der Umstand beiträgt, daß der Propst die Kirchenwahlen auf den 15. Juni, also auf den Tag vor der Reichstagswahl angelegt hat. Recht und billig kann man von dem Wahlkomitee erwarten, daß es den Kirchenvorstand dazu bewegen wird, die Kirchenwahlen auf einen andren Tag anzusetzen, da im entgegengesetzten Falle zu befürchten ist, daß die am 15. Juni zu den Kirchenwahlen herangezogenen Arbeiter einen zweiten Tag nicht werden verlieren wollen und daß sie sich zu der am 16. stattfindenden Reichstagswahl nicht werden einfinden wollen. Für Leute, welche von ihrer Hände Arbeit leben, veranlaßt das Sichnichtigstellen zur Arbeit an zwei aufeinander fallenden Tagen eine schwere Einbuße an Arbeitsverdienst. Es ist schwer zu begreifen, weshalb sich der Kirchenvorstand auf den 15. d. Mts. versteift; denn das steht fest, daß auf den Kirchenvorstand, der sich doch in seiner Mehrheit aus Polen zusammensetzt, die Schuld fallen wird, wenn die Wähler, welche am 15. Juni sich zu den Kirchenwahlen einfinden, am folgenden Tage sich von der Erfüllung ihrer bürgerlichen Pflichten fernhalten unter dem Vorwand, daß es für sie schwer sei, von der Arbeit abzukommen. Möge daher das Wahlkomitee sich um die Sache kümmern und als unsere einzige Behörde dem Wunsche aller gesund denkenden Bürger sich anbequemen.

Aus Nr. 125 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 4. Juni 1903:

Ein ablehnender Bescheid.

Ein gewisser Adolf Wanne aus Ostrowitte kirchlich, dem es nicht gelungen war, sein Besitztum an Deutsche zu verkaufen, hatte es an einen Polen ver-

äußert. Als er sich später an den Verband ländlicher Genossenschaften Raiffeisenscher Organisation der Provinz Posen um Hilfe wandte, erhielt er folgenden Bescheid:

„Da Sie Ihr Besitztum einem Polen verkauft haben, obgleich wir Ihnen ein Darlehn zwecks Erhaltung des Besitztums gewähren wollten, habe ich keinen Anlaß, Ihnen fernerhin behilflich zu sein, und daher bitte ich, mir in Zukunft derartige Schreiben nicht zu senden.“

Dies Dokument, welches in unserm Besitz ist, hat der Direktor des Deutschen Genossenschafts-Verbandes unterschrieben.

Aus Nr. 122 des Dziennik Kujawski (Znowrazlaw)

vom 31. Mai 1903:

Polnische Fahnen in Elesin.

Zu Ehren des hochwürdigen Bischofs Andrzejewicz, welcher vor nicht allzulanger Zeit im Bromberger Dekanate Kirchenvisitation abhielt, hatte man in Elesin die Pforten des Kirchhofes und des Pfarrgebäudes mit Kränzen und Guirlanden und diese wiederum mit ungeheuer großen (26 cm langen und 21 cm breiten) rot-blauen Fähnchen geschmückt. Und es wäre alles in bester Ordnung, wenn nicht der schelmische Regen, welcher in den zwei Tagen des Aufenthalts des hochwürdigen Bischofs in Elesin, gleichsam wie aus Kannen gießend, durch seine Kunst es fertig gebracht hätte, daß sich die blaue Farbe der Fahnen in reines Weiß verwandelt hat. Der Wächter der Sicherheit in der Person des Gendarmen sieht einige Tage später verwundert auf die Fahnen. „Wie heißt?“ spricht er zu sich selber, „polnische Nationalfarben? — Ich habe die Fähnchen vor einigen Tagen mit eigenen Augen gesehen und nichts daran gefunden, was verboten wäre, es muß daher irgend jemand nach der Abreise des Bischofs andere Fähnchen angebracht haben.“ Natürlich erfolgte sofort Nachricht an den Kommissarius, dieser berichtete an den Landrat, der Landrat beauftragte den Kommissarius, sich persönlich nach Elesin zu begeben und die Sache zu untersuchen. Der Kommissar nimmt den Ortschulzen zur Hilfe; dieser kragt auf die Mauer und nimmt ein Fähnchen herunter, um den Kommissarius zu überzeugen, daß nur der Regen diese Metamorphose herbeigeführt und das Blaue in Weiß verwandelt habe. Und in der Tat befand sich an dem Stäbchen, an welchem der Fahnenstoff befestigt war, noch blaue Farbe. Der Kommissar glaubte nun, weil er es mußte, doch erbat er sich ein kleines Stückchen von dem Fahnenzeuge, um es dem Landrat senden zu können zum Beweise dafür, daß hier die Schuld lediglich den Regen und nicht die loyalen Bewohner von Elesin treffe. „Lieb Vaterland magst ruhig sein“ — du bist gerettet. Es ist nur schade, daß man den Regen nicht zur Verantwortung ziehen kann.

Aus Nr. 121 des Lech (Gnesen)

vom 30. Mai 1903:

Wahrheit oder Scherz?

In einem gewissen Orte unfres Großherzogtums — den Namen führen wir nicht an — werden die polnischen Kinder — wie das in vielen anderen Orten geschieht — welche sich weigern, die Religion in deutscher Sprache zu lernen, gezwungen, bis zum 16. Jahre zur Schule zu gehen. Gegenwärtig wird uns aus dem betreffenden Orte vollen Ernstes mitgeteilt, daß eine

Schülerin dieser Schule, das 16jährige Fräulein R. R., welches unter Strafandrohung die Schule besuchen muß, sich in den Feiertagen mit einem wohlhabenden, jungen Bewohner dieser Ortschaft verloben und daß die Hochzeit stattfinden wird, sobald der Schulinspektor das Mädchen aus der Schule entläßt.

Die Schulverhältnisse sind heutzutage in unserem Großherzogtum geradezu wunderbar. Was werden wir hier auf diesem Gebiete noch alles erleben!

Aus Nr. 125 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 4. Juni 1903:

Folgen des heutigen Unterrichts.

Vor dem Gericht in Krone a. Br. stand der 14jährige Knabe Franz Gaczowski aus Salm angeklagt, die Ausgedingerte Agnes Machel körperlich verletzt zu haben. Er wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Dabei kam die charakteristische Tatsache vor, daß Gaczowski, welcher im April die Schule verlassen hat, wie das Bromb. Tageblatt behauptet, kein Wort deutsch konnte, sodaß man ihn mit Hilfe des Dolmetschers vernehmen mußte. Dieser übrigens nicht vereinzelte Fall beweist, wie fehlerhaft das heutige Unterrichtssystem ist.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 125 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 4. Juni 1903:

Wir erhalten nachstehende Erklärung:

An Stelle des Herrn Gorski-Mirotken, der freiwillig auf die Kandidatur verzichtet hat, ist gemäß vorherigen Sichverständigens der in dieser Hinsicht maßgebenden Faktoren unser Kandidat für den Wahlkreis Berent-Stargard-Dirschau

Herr Wladislaus v. Wolzlegier-Schoenfeld
Nr. König Westpr.

Pienonskowo, 1. Juni 1903.

Das Zentral-Wahlkomitee
für Westpreußen und Ermland
J. M.

Pfarrer Dr. v. Wolzlegier, Schriftführer.

Aus Nr. 67 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 4. Juni 1903:

Dem Pielgrzym Pielgrzym

fällt es augenscheinlich schwer, ohne Streit zu leben, denn er hat in seiner Dienstagsnummer nicht weniger als an drei Stellen, erst die „Gazeta Grudziadzka“, dann ihren Verleger Herrn Kulerski und schließlich ihren Redakteur Herrn Majerski angegriffen.

Der Pielgrzym fordert uns auf, daß wir unsere Behauptung bezüglich der in Jablonowo gegen Herrn Kulerski geführten Agitation beweisen sollen. Es hat den Anschein, als ob es dem Pielgrzym darum ginge, die Namen dieser Agitatoren zu erfahren. Wir bitten doch den Pielgrzym, sich ins Gedächtnis zurückzurufen, wer denn dort im März mit Nummern des Pielgrzym herumgelaufen ist und die unerhörtesten Dinge über die Gaz. Grudz. und ihren Verleger erzählt hat. Der Pielgrzym wird diese Leute doch hoffentlich kennen.

Weiter bringt der Pielgrzym seine Unzufriedenheit über die Person des in unserem Verlage beschäftigten Herrn Bloch zum Ausdruck und fordert uns sogar auf, ihn zu entlassen, denn sie verdächtigt ihn sozialdemokratischer oder vielmehr anarchistischer Umtriebe. Über diese Aufforderung haben wir herzlich gelacht, denn es gewinnt den Anschein, als wolle der Pielgrzym uns im eigenen Hause regieren helfen. Es ist genug davon. Zur Beruhigung des Pielgrzym erklären wir jedoch, daß in dem Verlage der Gaz. Grudz. weder ein Sozialdemokrat, noch ein Anarchist arbeitet. Um uns dem Pielgrzym für seine Sorge bezüglich unserer inneren häuslichen Angelegenheiten dankbar zu erweisen, fordern wir den Pielgrzym zwar nicht auf, aber wir geben ihm den Rat, aus seinem Verlage diejenige Person zu entfernen, welche sich durch die wiederholte Aufnahme der Bekanntmachung betreffend die bekannte Broschüre des Geistlichen Kujot der Streitstiftung schuldig gemacht hat. Weiter raten wir der geehrten Redaktion des Pielgrzym, ihre kriegerischen Gelüste wenigstens bis nach Beendigung der Wahlen zu bändigen, denn solche Artikel, wie sie in der Dienstagsnummer enthalten waren, verbreiten nur Erbitterung.

Und jetzt noch eins! Indem der Pielgrzym auf unseren Bericht über die Karzpyner (?) Versammlung Bezug nimmt, schreibt er: „Die Gazeta Grudziadzka dürfe jetzt nicht sagen, daß man Herrn Kulerski nicht mit Schmutz bewerfen solle, sondern sie hätte ihn vorher von den schweren Vorwürfen des Geistlichen Kujot reinigen müssen. Die Gaz. Grudz. habe das nicht getan und es habe nunmehr niemand das Recht zu raisonnieren, sondern man müsse sich ganz ruhig verhalten, wenn man haben wolle, daß alle für Herrn Kulerski stimmen.“

Der Pielgrzym scheint vor allen Dingen nicht zu begreifen, daß es Vorwürfe solcher Art sind, auf welche man nur mit verächtlichem Schweigen antworten kann.

Die Vorwürfe des Geistlichen Kujot und des Pielgrzym hat unsere höchste Wahlbehörde, oder wie der Pielgrzym sagt, unsere Nationalbehörde in derselben Weise dadurch beurteilt, daß sie trotz dieser Vorwürfe Herrn Kulerski zur Übernahme eines Abgeordnetenpostens für würdig erachtet hat.

Die Aufstellung des Herrn Kulerski als Kandidaten war gleichzeitig ein Verdammungsurteil für den Geistlichen Kujot und den Pielgrzym.

Denn heute hat niemand anders, als gerade der Pielgrzym sowie der Geistliche Kujot die größte Verpflichtung, sich um die Durchführung der Kandidatur des Herrn Kulerski zu bemühen, welche sie mit solcher Hartnäckigkeit bekämpft haben.

Indessen fühlen sich der Pielgrzym als auch der Geistliche Kujot hierzu garnicht verpflichtet, sondern im Gegenteil, sie sind der Kandidatur des Herrn Kulerski nachteilig.

Angeichts dieses Umstandes fordern wir unsere höchste Wahlbehörde auf, daß sie dieser Streitstiftung entgegentrete. Vor allen Dingen verlangen wir das von dem Schriftführer des Zentralkomitees, Herrn Propst Dr. v. Wolzlegier, welcher auf die Leitung des Pielgrzym einen gewissen Einfluß hat.

Aus Nr. 63 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 26. Mai 1903:

Freiwillige Germanisation.

Immer häufiger trifft es sich jetzt, daß Lehrer, von Geburt Polen, ihre polnischen Namen ablegen und deutsche annehmen. Natürlich werden solche Gesuche

seitens der Regierung anstandslos berücksichtigt. So erfahren wir denn wiederum, daß der Lehrer Szysja aus Gnesen seinen Namen in „Schia“ und Lehrer Waliczek aus Bialoslin bei Gnesen in „Walitschek“ umgetauft haben. Die Erlaubnis hierzu erhielten sie nicht nur für ihre eigne Person, sondern auch für ihre Familien.

Polenmütter, erziehet eure Söhne lieber zu Steinklopfern als zu Lehrern! Heutzutage soll der Lehrer nicht bloß selbst seine Nationalität verleugnen, sondern er ist auch verpflichtet, sowohl im amtlichen als auch im Privatverkehr andre zu germanisieren. Es ist soweit gekommen, daß solch ein armer Teufel wie Eschenlaub zittert, wenn ihn jemand polnisch anredet. Denn sie könnten ihn ja als Polenfreund ansehen. Derartig ist heutzutage das Los eines Lehrers, des Sohnes einer polnischen Mutter! Drum, Polinnen, laßet eure Söhne lieber Steinklopfer als Lehrer werden!

Aus Nr. 65 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 30. Mai 1903:

Lautenburg.

Am Himmelfahrtstage ist hier selbst ein Verein junger Industrieller gegründet worden. Beigetreten sind 23 Mitglieder; in den Vorstand sind folgende Herren gewählt worden:

M. Wojciechowski als Vorsitzender, J. Uziłowski dessen Stellvertreter, B. Stawicki als Schriftführer, B. Tuszynski dessen Stellvertreter, Kowalski als Kassierer, Gawrysz als Bibliothekar.

Die Versammlungen sollen an jedem Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats im Wojciechowski'schen Lokale stattfinden.

Aus Nr. 66 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 31. Mai 1903:

Unsere wirtschaftliche Lage in Westpreußen

stellt sich uns in keinem überaus rosigen Lichte dar. Unsere Landsleute sündigen durch den Mangel an solidarischen Empfinden und nationaler Zusammengehörigkeit noch gar sehr. Wir unterstützen die Unfrigen noch nicht in dem Maße, wie es sein müßte und wie wir das tun könnten; wir sind mit Bezug auf die im Handel und in der Industrie herrschenden Verhältnisse der verschiedenen Nationalitäten vollständig gleichgültig. Wir selbst sind nicht im stande, die polenfrefferischen Neigungen eines jeden Deutschen zu erkennen.

Die preußische Regierung hat seit den frühesten Zeiten antipolnische Politik betrieben und war bemüht, uns zu germanisieren. Sie hat solches jedoch im geheimen getan und sogar hinterlistige Mittel angewandt, durch welche wir zu der Überzeugung gebracht werden sollten, daß sie gewillt sei, unsere nationalen Eigentümlichkeiten zu achten. Wir haben uns natürlich irre führen lassen, wir haben Versöhnungspolitik getrieben und mit den Deutschen die denkbar besten Verhältnisse unterhalten. Erst, nachdem die preußische Hoffart durch den politischen Erfolg eine so ungeheure Ausdehnung angenommen hatte, begann die öffentliche Verfolgung der Polen.

Die preußische Regierung wußte, daß, wenn sie uns materiell zu Grunde gerichtet haben wird, auch unsere Entnationalisierung ein leichtes sein werde. Man gründete die H.-R.-L.-Vereine, die nichts anderes verfolgten, als in Deutschland das Empfinden wachzurufen, daß wir Polen die Todfeinde der Deutschen seien und daß es sich deshalb nicht gezieme, uns etwas zu gönnen.

Jeder Deutsche meidet daher mit Überlegung die polnischen Geschäfte und Unternehmungen, ganz abgesehen vom Boykottieren der Polen bei amtlichen Lieferungen.

Um den Deutschen gleichzukommen, sollten wir dasselbe Empfinden in uns wachzurufen suchen, nämlich: daß wir nur unseren Landsleuten etwas zu gönnen haben, daß es besser sei, 2 Meilen weit zu einem Polen als 1 Meile zum Deutschen zu gehen. Dieses Empfinden fehlt uns und zwar deshalb, weil kein Deutscher dem Polen, wenn dieser zu ihm etwas kaufen oder bestellen kommt, antipolnische Reden hält; er gibt auch seine uns feindliche Gesinnung nicht zu erkennen, sondern er streicht den polnischen Groschen ruhig in seine Tasche.

Uns dagegen muß auf Schritt und Tritt gesagt werden, daß man uns haßt, dann erst werden wir uns nach und nach davon überzeugen. Erst, nachdem uns die Regierung offen verfolgt, sind wir in nationaler Beziehung wach geworden und zeigen das auf politischem Gebiete. Weil man uns aber auf wirtschaftlichem Gebiete, d. h. auf dem Gebiete des Handels und der Industrie noch nicht offen und hinlänglich genug diese polenfrefferischen Neigungen gezeigt hat, ist es an der Tagesordnung, daß die besten Polen bei den Deutschen — Hafatisten — kaufen. Erwachen wir endlich und überzeugen wir uns davon, daß uns die Deutschen nicht nur auf politischem, sondern auch auf dem Gebiete des Handels und der Industrie unterdrücken wollen. Antworten wir ihnen mit demselben Tone, in dem sie zu uns bei jeder Gelegenheit sprechen. Möge jeder Pole auf seine Tür schreiben, daß es ihm nur gestattet sei, seinem Landsmanne etwas zu gönnen.

Möge nur „Jeder zu den Seinen“ gehen!

Aus Nr. 65 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 30. Mai 1903:

Aus der Danziger Gegend.

In der Parochie Alt-Schottland bei Danzig befinden sich einige Hundert Polen, die keine polnische Predigt zu hören bekommen, trotzdem der Propst, welcher ein Deutscher ist, polnisch spricht und seine beiden Vikare Polen sind. Die Polen beklagten sich lange Zeit über solche Ungerechtigkeit und verfaßten eine Petition um Einführung polnischer Andachten. Diese Petition trug ungefähr 200 Unterschriften. Als Herr Ruszowski mit dieser Petition zum Propst kam, war letzterer sehr entrüstet über ihn, tadelte ihn in strenger Weise und erklärte schließlich, daß solange er Propst sein werde, polnische Andachten nicht eingeführt werden würden.

Das ist die Gerechtigkeit der deutschkatholischen Geistlichen! Wir geben unsere Sache jedoch noch nicht für verloren, sondern werden die uns zustehenden Rechte bis in die höchste Instanz der geistlichen Behörde verfechten.

Aus Nr. 65 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 30. Mai 1903:

An die Mitteilung der Gazeta Gdańska betreffend das Verhalten des Propstes in Alt-Schottland gegenüber einem Gesuch um Einführung polnischer Predigten knüpft der Pielgrzym folgenden Kommentar:

„Wir legen obigen Artikel unserer geistlichen Behörde zur eingehenden Berücksichtigung vor. Unses Erachtens muß unsre geistliche Behörde angesichts der großen

Verantwortlichkeit in Sachen dieser Art einschreiten. Bei uns muß in mancher Hinsicht und in manchem Falle eine Änderung eintreten, denn es wird immer schlimmer, es wird sehr schlimm werden. Die Unzufriedenheit kann nicht beständig im Zaume gehalten werden, wenn sie in vielen Fällen sehr berechtigt ist. Übrigens lassen schließlich auch die ausdauerndsten Wächter der Ordnung die Hände sinken, wenn sie sehen, daß ihre ganze Arbeit vergeblich ist aus einem einzigen Grunde, den die einschlägigen Personen leicht beseitigen könnten, wenn sie ihn beseitigen wollten.

Wir wiederholen: Es wird schlimm werden, wenn in unserer Diözese nicht bald eine gleichmäßige Gerechtigkeit für deutsche und polnische Katholiken eingeführt wird. Der Glaube müßte schrecklich leiden.

Was ist das, um Gottes Willen, für ein „gleiches“ Maß, wenn in gewissen Pfarochien für zehn und weniger deutsche Personen einigemal im Jahre sowohl Predigten als auch deutscher Gesang sogar während des Hauptgottesdienstes stattfinden, während es für Hunderte von Polen nicht eine einzige polnische Andacht gibt?

Oder was ist das für ein gleiches Maß, wenn deutsche Petitionen berücksichtigt werden, polnische regelmäßig nicht? Was ist das für eine Sache, wenn tausende Danziger Polen ganze Jahre hindurch polnischen Gesang nicht erbitten können für die Zeit, wenn sie polnische Predigt haben?

Oder was ist das, beim lebendigen Gott, für eine Art, die zahlreichen schriftlichen und persönlichen Petitionen fort und fort sich vom Halse zu schaffen, mit einem klaren Bescheid darauf zu säumen, — Polen, welche in gutem Glauben an ihre gerechte Sache mit Vertrauen bitten, ohne hinreichenden Grund Kosten und der Gefahr auszusetzen, daß sie mit Abneigung gegen den Glauben und die Pflicht erfüllt werden!

Darum kann man dreist behaupten, daß das Hauptübel, die tiefste Ursache des jetzigen Durcheinanders und des Erschütterteins des Ansehens des Priesterstandes jene soeben erst dargetane hartnäckige, unklare und unglückselige Politik ist, welche deutsch-katholischerseits bei uns und dem polnischen Emigranten-tum gegenüber befolgt wird.

Aus Nr. 66 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 2. Juni 1903:

Erone a. d. Br.

Die Ansiedelungskommission, welche in unserer Gegend einige größere Güter erworben hat, beginnt nunmehr auch Bauernwirtschaften in rein polnischen Dörfern aufzukaufen. So hat sie z. B. in diesen Tagen von dem Deutschen Reuter in Buszkowo 500 Morgen, von dem Deutschen Heise in Starbowo 400 Morgen und von dem Deutschen Fischer in Lucimin ebenfalls 400 Morgen angekauft. Es liegt die Besorgnis nahe, daß die Ansiedelungskommission zur Abrundung ihres Besitzes die benachbarten polnischen Wirte wird austausen wollen; weil letztere aber wohlhabende Leute sind, hoffen wir, daß sich unter ihnen keine Verräter befinden.

Nr. 66 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 2. Juni 1903:

Aus Gr.-Schliewitz wird uns mitgeteilt, daß sich dort ein tüchtiger polnischer und katholischer Fleischer

niederlassen und auf ein gutes Auskommen rechnen könnte. Die Umgegend sei rein polnisch und Wohnung wäre mitten im Dorfe gegenüber der katholischen Kirche zu haben. Nähere Auskunft erteile auf Wunsch Herr L. Kowalewski in Gr.-Schliewitz.

Aus Nr. 67 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 4. Juni 1903:

In der Angelegenheit der Kandidatur

im Wahlkreise Stargard-Dirschau-Berent erhalten wir nachstehende Erklärung:

An Stelle des Herrn Gorski aus Mirotken, welcher auf seine Kandidatur freiwillig verzichtet hat, ist nach vorheriger Verständigung mit den in dieser Beziehung maßgebenden Behörden Herr Wladislaus von Wolszlegier aus Schönfeld, Kr. Konik, Westpr., als unser Kandidat für den Wahlkreis Berent-Stargard-Dirschau aufgestellt worden.

Bienonskowo, den 1. Juni 1903.

Das Zentralwahlkomitee für Westpreußen und Ermland.

Geistl. Dr. A. v. Wolszlegier, Schriftführer.

Der Wahlkreis Stargard-Dirschau-Berent hat nun einen Abgeordneten-Kandidaten. Das ist sehr gut, denn es war schon die höchste Zeit! Hiermit ist die Sache aber noch nicht erledigt.

Die Volksversammlung hat das Recht, eine Aufklärung darüber zu verlangen, welche „maßgebenden Behörden“ diese Kandidatur denn aufgestellt haben. Eine Delegiertenversammlung, welcher nur selbst das Recht zusteht, Kandidaten aufzustellen, hat nicht stattgefunden. Was für Behörden und welche Personen haben denn diese Kandidatur aufgestellt?

In diesem Falle ist durchaus eine ausführliche Aufklärung erforderlich, um die in dieser immerhin merkwürdigen Angelegenheit umlaufenden Gerüchte zum Schweigen zu bringen. Es ist schade, daß Herr Dr. v. Wolszlegier in der obigen Erklärung keine erschöpfende Aufklärung darüber gegeben hat, doch hoffen wir, daß er es jetzt umgehend tun werde.

Beilage zu Nr. 64 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)
vom 30. Mai 1903:

Gelobt sei Jesus Christus! Katholische Brüder!

Die Reichstagswahlen finden Dienstag, den 16. Juni statt. An diesem Tage ist es Pflicht jedes Katholiken, mit dem Wahlzettel an die Wahlurne zu treten und seine Stimme dem von unserer Wahlkörperschaft aufgestellten Kandidaten zu geben. Für den Wahlkreis Allenstein-Rößel ist es

Herr Julian v. Sasz-Zaworski aus Lipinken.

Wähler! Zucht und Ordnung vor allem führen in allen Angelegenheiten die Oberhand. So darf man sich auch bei den Wahlen unter keiner Bedingung weder der Abstimmung enthalten, noch einem andern als dem von unserer Wahlkörperschaft bezeichneten Kandidaten seine Stimme geben. Zur näheren Beleuchtung fügen wir hinzu, daß unser Kandidat ein eifriger Katholik, guter Pole, und Landwirt ist, er ist auch mit den Verhältnissen im Ermland sehr wohl vertraut, da er häufig auf seinem Gute in Wielary bei Allenstein wohnt. Kein anderer kann uns in Berlin beim besten Willen besser vertreten.

Glaubensgenossen! Vor allen Dingen lenken wir angelegentlichst eure Aufmerksamkeit darauf, daß nur die für Herrn v. Jaworski abgegebenen Stimmzettel als polnische gelten. Und hauptsächlich darum handelt es sich dieses Mal; denn wir sehen und fühlen nur zu gut, daß wir von Tag zu Tag immer schwereren Zeiten entgegengehen. Unsere Feinde haben sich das Ziel gesteckt, unsere polnische Sprache und Nationalität auszurotten. Nicht genug, daß die polnische Sprache aus Amt und Schule verbannt ist, ja sogar in manchen Kirchen polnische Gesänge und Predigten verschwinden, auch der Vorbereitungsunterricht zu den hl. Sakramenten wird in vielen Pfarzspiegeln nur deutsch erteilt. Obendrein sollen jetzt noch unsere Lehrer Zulagen erhalten, damit sie um so nachdrücklicher und eifriger unsere Kinder germanisieren.

Glaubensgenossen! Wir alle fühlen, daß dies ein Unrecht, ein großes Unrecht ist. Und gegen dieses Unrecht müssen wir laut und vor aller Welt protestieren. Gott allein hat uns unsere schöne polnische Sprache geschenkt, und seit mehr als tausend Jahren erklingt sie nach Gottes Willen überall da, wo sich polnisches Volk befindet. Zwar ließ Gott Verfolgungen unserer Nation zu, wie er bei jedem ein Kreuz zuläßt, den er lieb hat. Diese Verfolgungen aber und Prüfungen Gottes sollen uns nicht beugen, sondern wie Stahl im Feuer härten, auf daß wir uns mannhaft allen denen entgegenstellen, welche Gottes Ordnung umstoßen und uns gewaltjam in Deutsche ummodeln wollen.

Glaubensgenossen! Teilweise hängt es von uns allein ab, ob bessere oder noch schlimmere Zeiten kommen werden. Es muß freier und öffentlicher, einmütiger und einstimmiger Protest gegen eine Politik erhoben werden, die das Ziel verfolgt, uns zu zermalmen, zu vernichten und zu entnationalisieren. Die beste Gelegenheit bietet sich hierzu gerade am Wahltag, den 16. Juni. Indem wir unsere Stimmzettel auf den polnischen Kandidaten vereinigen, werden wir den Gegnern zeigen, daß das polnische Volk in Ermiland im Einklang mit der ganzen polnischen Nation unter preußischer Herrschaft das ihm zugefügte Unrecht mitfühlt, und daß es trotz der bisherigen Verfolgung und Knechtung am Geiste noch nicht gesunken ist und im Vertrauen auf Gottes Hilfe und die eigne Kraft weiter in den Kampf „um den Glauben und die Sprache der Väter“ gehen wird.

Ermiländer! Seid sanft wie die Tauben und listig wie die Schlangen! Laßt euch durch keine schönen Worte und Behauptungen verführen, als ob unsere Sache von anderen Parteien ebenso gut oder noch besser vertreten werden könnte. Wer sich auf einen andern verläßt, den verläßt Gott — sagt ein polnisches Sprichwort. Daher dürfen wir unsere Vertretung und Stimme keinem andern anvertrauen als dem eigenen Landsmanne — einem Polen. Wer sich dem entzieht oder seine Stimme einem andern Kandidaten gibt, der ist Verräter seiner eignen Sache, und einen Verräter verachten sogar die Feinde.

Landsleute! Wie immer bei Wahlen, so werden auch diesmal anderen Parteien angehörige Leute zur Abgabe ihrer Stimmzettel euch zu überreden bemüht sein. Und sollte man euch hundertmal wiederholen, daß dieser oder jener unser Kandidat sei — schenket ihnen keinen Glauben. Einziger Kandidat der polnischen Katholiken im Allenstein-Rößeler Wahlkreise ist

Herr Julian v. Saß-Jaworski
aus Lippinken.

Beachtet also, daß auf euren Stimmzetteln deutsch folgende Aufschrift steht:

Rittergutsbesitzer v. Saß-Jaworski
Lippinken (Kr. Schwes., W.-Pr.).

Niemand ziehe sich zurück oder habe die Ausrede, daß man sich ohne seine Stimme behelfen wird. Es kommt vielmehr auf jede Stimme an, da bei den Reichstagswahlen alle Stimmen gezählt werden. Je mehr Stimmen wir aufbringen, um so lauter und kräftiger wird unser Protest gegen das Unrecht sein, das uns geschieht, um so eher dürfen wir Achtungsbezeugung seitens unserer Gegner und Berücksichtigung unserer Forderungen erwarten. Man muß also seine Stimme nicht nur allein abgeben, sondern auch darauf bedacht sein, daß der Nachbar oder Bekannte seinen Stimmzettel unserem Kandidaten zu geben nicht unterläßt.

Ihr polnischen Mütter, die ihr die ersten Worte des Gebetes in der Muttersprache ins Ohr eurer Kindlein flüstert, auch ihr empfindet das Unrecht, welches unserer Jugend in der Schule geschieht, indem ihr sogar die Grundsätze des heiligen Glaubens in fremder Sprache eingeflüßt werden! Protestiert auch ihr dagegen und sorget dafür, daß eure Männer, Brüder und alle Bekannte mit dem Stimmzettel des polnischen Kandidaten am 16. Juni an die Wahlurne treten.

March, march, Genossen des Glaubens,
Mit Gott im Herzen und Geiste —
Gebet die Stimme nur ihm,
Euerm Herrn v. Jaworski!

Wahlkomitee für den Bezirk Allenstein-Rößel.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 69 des Glos Ślązki (Gleiwitz)
vom 24. Mai 1903:

Geistliche und Bischöfe

wurden zur Zeit des Bismarckschen Kulturkampfes durch preußische Gendarmen in preußische Gefängnisse dafür geschleppt, daß sie treu zur Kirche standen und ihre heiligen Rechte verteidigten.

Heute haben wir nicht einen solchen Kulturkampf gegen die Kirche, aber wir haben einen solchen gegen unsere polnische Sprache und unsere polnische Nationalität. Die Verteidiger dieser unserer teuersten Schätze greift die preußische Polizei an, beleidigt sie tätlich und verfolgt sie, tritt ihre Rechte und ihre bürgerliche Ehre mit Füßen. Dies geschieht mit der Person des Redakteurs J. Siemianowski auf der polnischen Versammlung am Donnerstag, die durch die Zentrumsmänner einberufen worden ist.

Als der Geistliche Dr. Stephan, von der Gazeta Katolicka, das Zentrum zu loben begann, erhob sich in der Versammlung ein einiger Protestruf. Der Geistliche Stephan rief: „Wem die Grundsätze des Zentrums nicht gefallen, der mag nach Hause gehen. Und es zeigte sich ein herrlicher Anblick. Alles, was lebte, mit Ausnahme einiger Deutschen, erhob sich und wandte sich nach der Tür, um den Saal zu verlassen, und aus tausend Kehlen erscholl der eine Ruf: Es lebe Siemianowski! Da dieser Ruf kein Ende nahm, sprach der Redakteur Siemianowski einige Worte und bat die Versammelten, sich zu beruhigen. In diesem Augenblick trat der Polizeikommissar mit 15 bis 20 Polizeibeamten an ihn heran und rief: „Sie sind der Volksaufwiegler, verlassen Sie das Lokal.“ Die Polizeibeamten faßten den Redakteur,

mißhandelten ihn und schleppten ihn wie einen gemeinen Verbrecher hinaus, der etwas gestohlen oder jemand getötet hätte. Es entstand ein fürchterlicher Lärm und ein allgemeiner Protest; wer weiß, wozu es noch gekommen wäre, wenn der Redakteur nicht mit der Hand gewinkt hätte, daß die Leute sich beruhigen sollen. Der größte Teil der Leute verließ den Saal zugleich mit dem Redakteur Siemianowski. Im Saale verblieb eine geringe Zahl von Leuten aus Neugierde über den weiteren Verlauf der Versammlung. Die Versammlung schloß nicht mit dem Beschluß der Kandidatur Ballestrem, sondern mit dem Ruf: Es lebe Siemianowski!

Auf der Straße standen Tausende zählende Gruppen, und der Ruf: „Es lebe Siemianowski!“ nahm kein Ende. Die Polizei trieb die Leute auseinander, aber vergeblich. An einer Stelle wurden die Leute auseinander getrieben und auf der anderen Stelle entstanden neue Haufen wie aus der Erde geschossen.

Den Redakteur J. Siemianowski hat von seiten der preukischen Polizei eine schwere Beschimpfung betroffen. Diese Beschimpfung wird er nicht ungestraft lassen, denn das, was die Polizei getan hat, war geschwidrig. Diese Beschimpfung wurde ihm durch die Treue, Liebe und Anhänglichkeit unseres tüchtigen polnischen Volkes belohnt. Hierfür gebührt euch, geehrte Landsleute, Dank, Ruhm und Ehre! Gemeinsam werden wir für das Wohl des Volkes, in der Verteidigung unserer heiligen Religion und unserer polnischen Nationalität in den Wahlkampf gehen. Von dem Unrecht, das man uns auf der Zentrumsversammlung zugefügt hat, erzählt allen und überall, um das gesamte polnische Volk zur nationalen Arbeit zu wecken.

Die heutige Nummer drucken wir in einer Auflage von 30 000 Exemplaren. Nicht nur unsere geehrten Abonnenten erhalten diese Nummer, sondern jeder, der sie verlangt. Verbreitet diese Nummer des Glons Glonski, möge sie von Hand zu Hand, von Haus zu Haus gelangen, auf daß die weitesten Kreise des polnischen Volkes erfahren, wie die Zentrums männer das polnische Volk behandeln und wie die preukische Polizei im preukischen Staate auftritt, der sich ein Staat des Rechts und der Gerechtigkeit nennt.

Aus Nr. 119 des Górnolazak (Kattowiz)
vom 27. Mai 1903:

Wir erhalten das nachfolgende Schreiben:
B a b r z e.

Am Himmelfahrtstage gegen Ende des Gottesdienstes stellte ich mich mit Wahlausrufen des polnischen Wahlvereins für Schlesien vor die Kirche, den Hut in der Hand haltend, indem kam der Herr Propst aus der Kirche, ließ sich durch einen Knaben einen Wahlausruf reichen, und als er ihn gesehen, eignete er sich das ganze Paket Wahlausrufe an und begab sich damit nach der Propstei. Ich ging hinter ihm her und bat ihn um Herausgabe meines Eigentums. Hierauf stieß mich der Herr Propst sehr kräftig mit der Hand vor die Brust und sagte, ich solle keinen Skandal machen. Ich erwähne hier, daß dies auf der Chaussee hinter dem umzäunten Kirchhofe geschehen ist. Ich bat den Geistlichen um Verzeihung und bat nochmals um Rückgabe der Wahlausrufe, worauf er erwiderte: „Das hier ist unser Weg! Verteilen Sie die Wahlausrufe vor Kochmann.“ Ich antwortete ihm hierauf, daß ich an den Juden Koch-

mann nicht glaube und was den Weg betreffe, so sei er, wenn seiner auch unser und daher auf demselben zu stehen auch mir gestattet. Der Herr Propst stieß mich hierauf das zweite Mal. Ich leistete nochmals Abbitte und bat ihn um Rückgabe der Ausrufe, worauf ich wieder gestoßen wurde. Als dann begab er sich nach der Propstei, ließ dort die mitgenommenen Ausrufe zurück, kam an mich heran und begann wiederum mich hin- und herzustößen, um mich auf diese Weise zum Fortgehen zu bewegen. Als er mich so ein Ende von der Kirche fortbekommen hatte, kehrte er an das Kirchhofstor zurück, ich begab mich an den Kirchhof, und als ich niedergekniet war, erwartete ich den priesterlichen Segen. Der Herr Propst dachte gewiß in diesem Augenblick an das Rufen von Polizei, denn ich hörte die Worte: „Ist doch keine Seele gerade an der Hand, lauft, lauft!“ Inzwischen bewegten sich die Leute zur Kirche heraus, und ich begann mit dem Verteilen der Ausrufe an die Vorübergehenden, worauf der Herr Propst mit hochgehobenen Händen rief: „Wartet, Leute, nehmet dieses dort nicht, denn das sind unsere Gegner!“ Auch ein Polizeibeamter hat sich eingefunden, der mich weitertrieb und von hinten stieß mich der Kaplan Friedrich. Ich verteilte die Ausrufe natürlich weiter, unbeschadet des mir zugefügten Unrechtes.

Mit Hochachtung
Johann Wycisk.

Wie wir sehen, haben die Ratschläge des Geistlichen Dr. Stephan Erfolg gehabt. Die Zentrums-Geistlichen bekämpfen die polnisch-katholische Bewegung mit einer Energie, die einer besseren Sache würdig wäre.

Herr Johann Wycisk ist ein außergewöhnlich religiöser Mensch, der seinen Verpflichtungen als Katholik mit seltenem Eifer nachkommt. Als Pole widmet er sich interesselos unsrer Sache und lebt in der Überzeugung ihres Sieges. Und einen solchen Menschen beschimpfen die deutsch-katholischen Geistlichen, weil er sich erlaubt hat, auf eine gesetzlich zulässige Weise gegen das Zentrum aufzutreten.

Das Polentum erfährt in Oberschlesien eine härtere Verfolgung wie anderswo, aber bezeichnend ist es, daß die gegenwärtigen Verfolgungen nicht von der protestantischen Regierung, sondern aus dem Schoße der deutsch-katholischen Geistlichkeit hervorgehen. In diesen für uns so schwierigen Zeiten sind uns ausdauernde und standhafte Kämpfer erforderlich, die ohne Rücksicht auf die ihnen bereiteten Schwierigkeiten mit Ruhe und Würde unsere Sache zu verteidigen verstehen. Herrn Wycisk gebührt von unserer Seite für sein verständiges Auftreten absolute Anerkennung. Diese Anerkennung und das Empfinden, seiner Verpflichtung nachgekommen zu sein, sind für den ehrwürdigen und rechten Polen der beste Lohn für die ihm zugefügten Ungerechtigkeiten. Gerade diese Verfolgungen geben uns den Beweis dafür, daß unsere Sache eine edle und heilige ist und daß sie früher oder später siegen muß. Möge daher jeder rechte Pole alle seine Bemühungen daran setzen, möge er alle seine Kräfte anspannen, auf daß er später beim Anblick der aus unserer gemeinsamen Arbeit geernteten Früchte von seiner eigenen Person mit Stolz sagen kann:

„Auch ich habe zum Gelingen des großen Werkes das meinige getan!“

Aus Nr. 120 des Górnosłazak (Kattowiz)

vom 28. Mai 1903:

(Die Nr. 18 des Dzwon Polski (Lubliniz) und des Straż nad Odrą (Cosel) vom 30. Mai 1903 enthalten denselben Artikel).

Die Zentrums männer treten die Arbeiter mit Füßen.

Es passieren unerhörte Sachen. Von allen Seiten werden Übergriffe aus Anlaß der Wahlen mitgeteilt. So etwas passierte auch bereits früher. Aber früher wurden die Wähler von den Arbeitgebern und unerfahrenen Polizeibeamten bedrückt, während heute die Rolle dieser einige katholische Geistliche übernommen haben. Höret, was in unserer Pfarochie in Wirsch (Antonienhütte?) am vergangenen Sonntag passiert ist. So mancher wird wohl nicht glauben wollen, was ich hier schreibe, aber es ist die reine Wahrheit. Als am vorigen Sonntag ein aus Zahrensee stammender Landsmann, ein gewisser Herok, hierher kam und vor der Kirche mit dem Verteilen der Wahlaufträge des „Polnischen Wahlvereins für Schlesien“ für Herrn Korfanty begann, stürzte sich der Ortsgeistliche, Propst Hatzfeld auf ihn und gab ihm ohne weiteres zwei Ohrfeigen, so daß er noch heute mit Blut unterlaufene von den Fingern des Propstes herrührende Spuren im Gesicht hat. Hieran nicht genug. Der Herr Propst ging auch noch an einen zweiten Landsmann, einen gewissen Schneider, um auch diesen auf seine Art zu vertreiben. Als dann kehrte der Geistliche zu Herok zurück und als dieser, gebückt, die auf der Erde zerstreuten Wahlaufträge zusammensuchte, stieß er ihn mit dem beschulften Fuße in die Seite, so daß Herok noch heute hiervon Schmerzen verspürt. Wir machen darauf aufmerksam, daß das polnisch-katholische Volk von seinen Seelsorgern erreicht hat, daß es von ihnen tötlich geschmäht wird und das nur deshalb, weil das polnisch-katholische Volk polnisch-katholische Abgeordnete haben will, während die deutschen Geistlichen dem Volke deutsche Abgeordnete aufdrängen wollen. Das ist eine den Himmel um Rache rufende Beleidigung und Beschimpfung des katholischen Volkes. Herr Herok ist heute ein alter Mann, der Jahrzehnte hindurch seine Glieder im Bergwerk abgearbeitet hat und ein junger Geistlicher behandelt ihn derartig.

Polnisch-katholische Arbeiter! In der Person des Herrn Herok, eines guten Polen und gläubigen Katholiken, ist der ganze polnische Arbeiterstand beleidigt worden. Alle unsere Arbeiter sind in der Person des Herrn Herok geohrfeigt und mit den Füßen getreten worden. Das sind die Wohltaten des Zentrums, das sind die Gnadenbeweise des Zentrums, das ist das väterliche Mitgefühl derjenigen, die unsere Führer sein wollen. Liebe Brüder Arbeiter! Erzählet diesen Vorfall in den Hütten, Werken und Gruben, erzählet überall, wie die Zentrums männer den gesamten Arbeiterstand beleidigt haben, auf daß ein Schrei der Entrüstung aus Millionen Arbeiterkehlen erschallt: Fort mit dem Zentrum! Fort mit den Regierungsfreundlichen! Fort mit denjenigen, die uns mit den Füßen stoßen und treten! Fort mit dem Katolik, dem Freunde und Bundesgenossen der uns mit Füßen tretenden Zentrums männer! Fort mit Krolif, dem Kandidaten und Mädel der Zentrums männer! Brüder! auch nicht eine Stimme darf auf die Kandidaten derjenigen Partei fallen, deren Anhänger die polnisch-katholischen Arbeiter mit Füßen treten. Jeder Arbeiter, der seine Stimme

dem uns mit Füßen tretenden Zentrum gibt, bedeckt sich und den gesamten Arbeiterstand mit Schande.

Fort mit den Zentrums männern!

Aus Nr. 67 des Katolik (Beuthen D.S.)

vom 4. Juni 1903:

Kattowiz.

Drei österreichische Arbeiter versuchten in der Nacht zum ersten Pfingstfeiertag die unter dem Grundstein des Bismarkturm eingemauerte Kupferurne zu erlangen. Es soll ihnen jemand 100 Mark versprochen haben, wenn sie diese Urne bringen. Der Förster in Bognowo hörte in der Nacht Klopfen. Er stieg auf den den Bau umgebenden Zaun. Als er die nächtlichen Arbeiter ansah, drohten sie ihm mit dem Revolver. Er entfernte sich eiligst und holte einen Polizeibeamten, einen Gendarmen und einen Nachtwächter, die die drei Personen verhaftet und in das Gerichtsgefängnis abgeliefert haben.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 121 des Dziennik Berliński (Berlin)

vom 29. Mai 1903:

Nach der Versammlung der Delegierten.

Als am 15. Oktober v. J. die polnische Fraktion beschlossen hatte, mit 6 gegen 5 Stimmen für die Getreidezölle zu stimmen, äußerte der Dziennik Berliński seine Meinung dahin, daß die Antwort der Wähler auf diesen Beschluß einige Monate später erfolgen werde.

Die Antwort ist gegeben worden und zwar so, wie wir es vorhergesagt haben. Die rechte Seite der Fraktion ist sehr geschwächt worden. Von den Anhängern der Zollerhöhung werden in den Reichstag nicht mehr zurückkehren: Graf Sektor von Kwielecki, Dr. Roman von Komierowski, Stephan Gacielski, Dr. Sigismund von Dziembowski und Fürst Józef von Czartoryski.

Nach den Beschlüssen der vorgestrigen Versammlung der Delegierten des Großherzogtums Posen, unserer höchsten Wahlbehörde im Posenschen und nicht minder nach den vor kurzem gefaßten Beschlüssen der Delegierten Westpreußens, der höchsten Wahlbehörde für die Provinz Westpreußen, halten in die künftige Fraktion in überwiegender Zahl Gegner der hohen Zölle Einzug, so daß Beschlüsse, wie sie die vorige Fraktion in der zweiten und dritten Lesung des neuen Zolltarifs gefaßt hatte und die sowohl den Interessen der breiten Massen des polnischen Arbeiters als auch dem nationalen Interesse zuwider waren, nicht mehr möglich sein werden. Dadurch wird sich unsere Fraktion die Sympathie derjenigen Volkskreise erwerben, die ihr stets und ständig den Vorwurf gemacht haben, sie hätten die wirtschaftlichen Angelegenheiten vom Klassenstandpunkte aus traktiert und ebenso die Sympathie derjenigen, die den Anblick nicht ertragen konnten, den unsere Repräsentanten in Hand mit den preussischen Junkern und mit der Regierung oder mit einem Worte mit den größten Feinden unseres Elements gingen.

Augencheinlich war die Angelegenheit der Zölle nicht allein die Ursache der Veränderungen, welche nach den Beschlüssen der Kreiswählerversammlungen und der Versammlungen der Delegierten in der Zusammensetzung unserer Reichstagsfraktion eintreten werden. Die Angelegenheit der Zölle war nur, weil sie fast die ganze letzte Reichstagsession ausgefüllt und die Gemüter unserer Gesamtheit tief berührt hatte, eine der unmittelbaren Ursachen der Sinnesänderung der Gesamtheit mit Bezug auf die verschiedenen bisherigen Abgeordneten.

Manche von ihnen hatten außer der Schuld, daß sie für die Zölle gestimmt haben, noch andere Sünden aus der nicht allzu entfernt liegenden politischen Vergangenheit auf dem Gewissen.

Noch sind die Nachklänge der unglücklichen Versöhnungspolitik, welche seiner Zeit der Gesamtheit aufgedrängt worden ist und die ihr sehr schädlich war, weil sie die Energie des Volkes geschwächt hat, noch nicht völlig verschwunden. Und wenn auch nach der bekannten Deklaration des Abgeordneten Dr. v. Romierowski diese Politik als solche offiziell zu bestehen aufgehört hat, so waren ihre Eindrücke immer noch sichtbar, und dadurch erklärt sich zum Teil auch die Abneigung gegen manche Abgeordnete, die man seiner Zeit als die ausdrücklichen Anhänger und Beschützer dieser Politik betrachtete.

Daß diese Abneigung nicht alle ihre Verfechter betroffen, daß sie sich gegen die vielleicht weniger Schuldigen gerichtet und diejenigen geschont hat, welche die Versöhnungspolitik bis auf den heutigen Tag betrieben, während jene dieselbe offiziell unterlassen haben, so muß man sich das durch Ursachen äußerer Natur, durch die Ausnahmestellung der einschlägigen Politiker, durch die größere Geschicklichkeit ihrer persönlichen Freunde im Kreise und durch die geringe politische Bildung ihrer Wähler erklären.

Aber auch die verbliebenen Abgeordneten werden, wenn sie sich dem Willen der Gesamtheit nicht fügen, der sich in den Versammlungen und in der Hauptversammlung der Delegierten so deutlich fundiert hat, wenn sie nicht aufhören werden, die öffentliche Meinung mit unverföhnlichen Auftritten zu provozieren, von der politischen Bildfläche ebenso verschwinden, wie derjenige von ihr verschwunden ist, der, obgleich er selbst keinerlei Programm repräsentierte, ein solches bei den Zentrumsleuten suchen wollte, sie werden verschwinden, wie diejenigen, welche weder die neuen Zeiten noch die neuen Strömungen haben wollten oder solche nicht verstehen konnten.

Aus Nr. 118 des *Ogólnik* (Posen)

vom 26. Mai 1903:

Situation in Westfalen.

Die gestrige Volksversammlung im Bazar — sie wurde kaum 48 Stunden vor Eröffnung von Herrn J. Brejski aus Thorn durch Vermittelung des Herrn Stanislaus Kunz aus Westfalen und mit Hilfe eines gewissen Kreises von der Praca und dem Gonicz nahestehenden Personen einberufen — erinnerte an das mit genauen Programm veröffentlichte Konzert, welchem die konzertierenden Künstler als Zugabe noch mehrere ihrer eigenen Piecen hinzusetzten.

Die wichtigste Aufgabe der Versammlung bestand darin, dem Hauptwahlkomitee für Westfalen und die Rheinlande als einer national-polnischen

Wahlorganisation in der Fremde volles Vertrauen auszudrücken. Die Sache wurde von Herrn Jan Wilkowski aus Westfalen so ruhig und sachlich dargestellt, daß die einschlägige Resolution einstimmig angenommen wurde.

Die Annahme dieses Beschlusses in Posen wird dem Hauptwahlkomitee zwar eine moralische Unterstützung gewähren, auf die Stimmenabgabe unserer Stammesgenossen in Westfalen aber keinen Einfluß ausüben.

Nach Mitteilungen, die wir noch gestern am Sonntage in Folge der unerwartet einberufenen Versammlung und am Montage früh erhalten haben, vertritt ein großer Teil unserer Landsleute jene Ansicht, daß unsere Stammesgenossen für den Zentrumsmann dort stimmen sollen, wo das Zentrum ohne die Hilfe polnischer Stimmen unterliegen und der Liberale durchkommen muß. Alle diese werden dem Befehle des zweiten, in Dortmund aufgestellten und dem Einfluß der Zentrumsleute unterstehenden Wahlkomitees Folge leisten.

In Westfalen werden also zwei polnische Wahlkomitees bestehen, das eine in Bochum, das andere in Dortmund, und die Polen werden sich bei der Stimmenabgabe in zwei entgegengesetzte Parteien teilen; an der gewünschten und notwendigen nationalen Einheit wird es also fehlen.

Der Wiarus und Herr Stanislaus Kunz stellen die Anhänger der Stimmenabgabe für das Zentrum als Leute hin, welche den Zentrumsleuten Handlangerdienste leisten.

Das kann man von uns nicht behaupten. Wir folgern dies aus Briefen, wie wir sie seit zwei Wochen von aus früheren Zeiten uns bekannten Landsleuten erhalten. — Der Postexp. erhielt noch mehr solcher Briefe als wir und man kann schwerlich von allen Korrespondenten annehmen, daß sie im Solde der Zentrumsleute stehen, da sie genau die nationale von der Zentrumsfrage unterscheiden und triftige Gründe dafür anführen, weshalb die Polen das Zentrum nicht dort im Stich lassen dürfen, wo die Zentrumskandidaten ohne Unterstützung seitens der Polen den Liberalen unterliegen müssen.

Der Wiarus möge es also unterlassen diese Polen — Verräter der nationalen Sache zu nennen.

Die Zersplitterung der westfälischen Polen läßt sich heut nicht mehr wieder gut machen; die Angelegenheit verdient also so erwogen zu werden, daß in Zukunft die schädlichen Folgen der begangenen Fehler eingeschränkt werden.

Es liegt dies im Interesse des Wiarus selbst. So wird uns mitgeteilt, daß man in Dortmund seit 1½ Jahren ein neues radikales Blatt zu gründen gedenkt, welches dem Wiarus Konkurrenz machen soll. Um nun einer Konkurrenz zuvorzukommen, betrat der Wiarus selbst einen radikaleren Weg, indem er ganz rücksichtslos mit dem Zentrum abbricht. Es ist uns gleichgültig, wie viel wahres dahinter steckt; gleichwohl stellen wir fest, daß der Gedanke von der Gründung eines neuen polnischen Blattes in Westfalen durchaus nicht neu ist. Heut aber schreiben wir davon, weil Herr Jan Brejski, Herausgeber und Redakteur der *Gazeta Torunska*, in einigen Tagen ins Gefängnis geht; er wird uns also nicht zürnen, wenn wir diesen fitzlichen Punkt in einer Zeit berühren, wo er noch auf freiem Fuße steht und ihn aufzuklären Gelegenheit hat.

Da auch wir damit einverstanden waren und noch sind, daß unsere Stammesgenossen in Westfalen den Zentrumsleuten dort ihre Stimme nicht entziehen sollen, wo sie ohne ihre Unterstützung

durchfallen müssen; deshalb wünschen die Anhänger des Wahlkomitees in Dortmund, wir möchten ihr Komitee dem Hauptkomitee in Bochum gegenüber unterstützen. Dazu können wir uns nicht hergeben. Das Komitee in Dortmund kennt nach den uns zugesandten Zeugnissen den polnisch-nationalen Standpunkt gar nicht, und ist zwar eine polnische, aber vom Zentrum und der Wahlorganisation der Zentrumsmänner abhängige Institution. Das beweisen die Dokumente selbst.

Das Hauptkomitee in Bochum dagegen beruht auf polnisch-nationalen Grundsätzen und auf nationaler Unabhängigkeit vom Zentrum.

Von unserm Standpunkt aus können wir daher dem Komitee in Dortmund nicht förderlich sein, haben aber die Pflicht das Hauptkomitee in Bochum zu unterstützen, denn es betätigt dieselben Grundsätze, wie die Volkspartei.

Aus Nr. 123 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 31. Mai 1903:

Neuigkeiten aus Hertzen.

Man teilt uns mit, daß die Polizei dem Restaurateur Herrn Maacia die Beschränkung auferlegt habe, das Schankgewerbe nach 10 Uhr Abends nicht mehr auszuüben.

Was die Polizei dazu veranlaßt hat, ist nicht gesagt.

Herr Maacia hat — wie bekannt — seinen Saal auch den Polen zur Verfügung gestellt, die ihre Versammlungen in demselben abhielten.

Schon früher gab der Polizist dem Herrn Maacia deutlich genug zu verstehen, den Polen den Saal zu Versammlungszwecken nicht herzugeben. Herr Maacia achtete indes nicht darauf in der Meinung, daß das Recht, sich in seinem Saale zu versammeln, jedem zustehe.

Herr M. verdient daher in jeder Beziehung die Unterstützung seiner Landsleute. So mögen denn auch die Polen aus Hertzen und die aus der Umgegend kommenden Ausflüchter, welche das schöne Hertzen so zahlreich aufsuchen, an Herrn Maacia denken.

Möchten sich unsere Abgeordneten, die wir nun wieder frisch wählen werden, um die Reformierung des Gesetzes bemühen, nach welchem der Polizei das Recht zusteht, den Schankkonzern abzunehmen, denn letzteres geschieht gar manchmal aus rein politischen Gründen.

Die Hertener Bevölkerung zeigt nach dieser Maßnahme nicht nur Abneigung gegen die Hertener Polizei, sondern überhaupt gegen die Zentrumspartei, was wiederum ein Beweis dafür ist, daß die Mitglieder der Hertener Polizeibehörde warme Anhänger der erwähnten politischen Partei sind.

Aus Nr. 121 des Wielkopolanin (Posen)

vom 23. Mai 1903:

Röln a. R.

Ein seiner Militärpflicht genügender Soldat schickte an seine Eltern einen deutschen Brief, trotzdem er von polnischen Eltern stammt und Pole ist. Er entschuldigte sich in dem Briefe, daß es ihm streng verboten worden sei, Briefe in polnischer Sprache zu schreiben.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 112 der Nowa Reforma (Kraau)

vom 17. Mai 1903:

Die Wahlbewegung in Preußen.

Der durch die deutschen Reichstagswahlen hervorgerufene Bürgerkrieg im polnischen Lager Preußens legt sich allmählich.

In Westpreußen hörte er mit dem Augenblick, wo seitens der Kreisdelegierten-Versammlung die Kandidaten aufgestellt wurden, vollständig auf. Der einzige Kandidat, um welchen bis zum letzten Augenblick ein erbitterter Kampf geführt wurde, der Herausgeber der Gazeta Grudziomska, Viktor Kulerski, stütze sich in loyaler Weise dem Delegiertenbeschlusse, welche seine Kandidatur aus dem völlig sicheren Tuchel-Königer Wahlbezirk in den weniger sicheren Graudenz-Strasburger Wahlkreis verlegte und er bemüht sich jetzt eifrig um die Gewinnung des dortigen Mandats. Seiner bekannten agitatorischen Geschicklichkeit dürfte die Erfüllung dieser Aufgabe nicht schwer fallen. Diesen Bezirk haben nämlich die Deutschen bei den letzten Wahlen nur mit einer Mehrheit von 24 Stimmen von den im ganzen abgeabenen 17 000 Stimmen gewonnen. In dem Tuchel-Königer Bezirk wurde an seiner Stelle die Kandidatur des sehr vollstimmlichen Abgeordneten Leon v. Garlinski aufgestellt. Wenn die Agitation von polnischer Seite nicht fehlschlägt und das Glück gut ist, werden aus Westpreußen noch zwei demokratische Abgeordnete, die Herren Gorski, ein wohlhabender Landwirt und Johann Brejski, Redakteur der Gazeta Torunska in die polnische Fraktion hineinkommen.

Dieser Landesteil würde also anstatt der bisherigen drei fünf Abgeordnete nach Berlin entsenden. Der fünfte wird der seit langer Zeit bereits die Strand-Rassiben vertretende Abgeordnete v. Ranta-Polczynski sein, dessen Wahl gleichfalls vollständig sicher ist.

Im Großherzogtum Posen hat die Delegiertenversammlung noch nicht stattgefunden. Es ist anzunehmen, daß sie dem ausdrücklichen Willen der Wähler in einigen Wahlbezirken, welche an Stelle der bisherigen Versöhnungsautoritäten andere Kandidaten aufstellten, nicht entgegengetreten, sondern die Kandidaturen bestätigen wird. Dann wird wahrscheinlich an Stelle des Abgeordneten Cieielski Dr. v. Niecolewski und an Stelle des Abgeordneten Dr. v. Komierowski, welcher sein Mandat aus freien Stücken niederlegte, der Direktor Leo v. Grabski, an Stelle des Grafen Kivilecki der junge Graf Matthias Mielzynski und an Stelle des Dr. v. Dziembowski der Landtagsabgeordnete Dr. Anton Chlapowski in die polnische Fraktion eintreten. Niecolewski, Mielzynski und Chlapowski sind Kandidaten der Wahlbewegung. Sollten sie gewählt werden, woran zu zweifeln kein Grund vorliegt, so wird die demokratische Linke die Mehrheit in der polnischen Fraktion erlangen und damit sich auch deren Politik ändern. Die konservativ-versöhnlichen Elemente drücken zwar wegen des in den Volksversammlungen so gründlich zum Ausdruck gebrachten Volkswillens noch ihre Entzückung aus, sie berufen sich auf die breiten Bevölkerungsschichten, damit diese ihre alten bewährten Parlamentarier nicht aufgeben, doch haben sie bereits das Selbstvertrauen und die Hoffnung auf die Erhaltung dieser Autoritäten verloren. Sobald die Delegiertenversammlung die Volkskandidaturen bestätigt haben wird, hört der Bürgerkrieg auch in

dem Großherzogtum auf und der ganze Eifer, die ganze Macht der dortigen Gesellschaft wird sich dann gegen den gemeinschaftlichen Feind, gegen die Deutschen wenden. Der Kampf wird ein erbitterter sein, denn auch die Deutschen werden alle ihre Kräfte in Bewegung setzen, doch ist Hoffnung vorhanden, daß es gelingen wird, alle 11 Posener Wahlbezirke auch weiter in polnischen Händen zu erhalten.

Nur in Schlesien wird der Kampf im polnischen Lager weitergeführt. Hier ist es am schwierigsten, Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen, denn dies ist erst der erste größere Wahlversuch unter der nationalen Lösung in diesem Landesteil. Wahrscheinlich fällt die Wahl auf zwei nationale Abgeordnete. Sollte jedoch diese Wahrscheinlichkeit täuschen, so wird die Schuld daran dem Beuthener Katolik beizumessen sein, welcher eine immer widerwärtigere Haltung annimmt, ja sogar schon den Grafen Ballestrem in Schutz nimmt und seinen einzigen Kandidaten, den Bergarbeiter Krolit, nicht als einen Polen, sondern als einen polnisch sprechenden Oberschlesier empfiehlt, um sich nur in der Gunst der Zentrumsparlei zu erhalten. Er betört das obereschlesische Volk in einer so unwürdigen Weise, daß wir dem gegenüber seine frühere Arbeit vergessen, und ihn als ein für die nationale Wiedergeburt Schlesiens geradezu schädliches Blatt betrachten müssen.

Im ganzen können wir auf mindestens 17 oder 18 polnische Abgeordnete, also auf drei oder vier mehr, als in der abgelaufenen Reichstagskadenz rechnen.

Daß die polnische Bevölkerung im preußischen Anteil ihrer ziffernmäßigen Stärke entsprechend mehr Vertreter in Berlin, wie bisher, haben müßte, dafür spricht vor allen Dingen die neueste Bevölkerungstatistik in Preußen. Nach ihr bildet die polnische Bevölkerung in 52 Kreisen die Mehrheit, in 30 Kreisen beträgt sie sogar mehr als dreiviertel der Gesamtbevölkerungsziffer. Von diesen 52 Kreisen mit überwiegend polnischer Bevölkerung entfallen auf das Großherzogtum Posen 32, auf Oberschlesien 13, auf Westpreußen 7. Zwar bilden manchmal erst zwei oder drei Kreise einen Wahlbezirk, wobei die preußische Wahlgeometrie gewöhnlich die vorwiegend polnischen Kreise mit den vorwiegend deutschen zusammenlegte, doch können wir bei Anspannung aller Kräfte und bei der bisherigen fernerer Zunahme der polnischen Bevölkerung gegebenenfalls auf einen Sieg in 20 bis 24 Wahlbezirken rechnen. Wir würden ihn sicherlich davontragen, wenn die Wahlen in die Winterzeit fallen würden. Während des Sommers sind Tausende von polnischen Arbeitern in ganz Deutschland zerstreut, infolgedessen sich die Anzahl der polnischen Stimmen ganz bedeutend verringert. Wir wollen jedoch hoffen, daß der preußische Anteil mindestens 17 Abgeordnete nach Berlin entsenden wird.

Aus Nr. 246 des *Stowo Polskie* (Lemberg)
vom 28. Mai 1903:

In Oberschlesien.

L e m b e r g, den 27. Mai.

In Oberschlesien, welches auf eine wirklich wunderbare Weise als ein urpolnischer Landesteil erwacht, wird zwischen den Deutschen und Polen einerseits und den Polen selbst andererseits ein erbitterter Kampf geführt. Je näher die Wahlzeit heranrückt, desto heftiger wird der Kampf, und heute stehen sich

in der polnischen Gesellschaft selbst zwei Lager feindlich gegenüber, welche um den Sieg einer grundsätzlichen Stellung der schlesischen Polen kämpfen. Das eine, — das ist das Lager der alten, um die Redaktion des *Katolik* und seinen Leiter, Herrn Napieralski sich gruppierenden Anhänger. Dieser verdienstvolle Kämpfer hielt tapfer zur Fahne der Volksverteidigung. Er trug auch viel zur Hebung des nationalen Selbstbewußtseins in der dortigen polnischen Gesellschaft bei und hat manche Errungenschaft für sie erzielt. Er ist ein Anhänger von Kompromissen, er hat auch die polnische Politik im Oberschlesien auf das Bündnis mit dem katholischen deutschen Zentrum gestützt, indem er darin den einzigen Schutz gegen die Agitation der Sakatisten erblickte.

Die Verhältnisse haben sich indes im Laufe der Zeit unter den schlesischen Polen geändert; auch die Politik der Zentrumsparlei ist eine andere geworden. Die polnischen breiten Bevölkerungsschichten erlangten Selbstbewußtsein und vereinigten sich zu einem seiner Rechte sich bewußten Lager. Die Zentrumsparleiler dagegen beschränkten ihr Wohlwollen den Polen gegenüber auf glatte Redensarten im Reichstage, in der Praxis aber unterschieden sie sich nicht von den preußischen Sakatisten. Namentlich auf dem kirchlichen Gebiete verbreiteten und verbreiten sie die nationale Bedrückung mit Hilfe der deutschen Geistlichen.

Es kam daher eine Reaktion, über welche wir schon wiederholt geschrieben haben. Die bisherigen Elemente waren der Handlangerdienste bei den Deutschen überdrüssig und machten die Selbsthilfe und das Vertrauen auf die eigenen Kräfte zu ihrer Lösung. Davor erschrak nun wieder die Partei des *Katolik*, und es entbrannte ein Kampf im polnischen Lager. Herr Napieralski fürchtet den gewagten Bruch mit dem Zentrum und schreibt in dem *Katolik*, daß in diesem Falle viele polnische Familien brotlos würden, daß Tausende der polnischen Bevölkerung noch mehr bedrückt werden würden, daß die Schifanen auf Schritt und Tritt sich mehren und die Wachsamkeit der Deutschen sich verdoppeln würde. Er gibt also den Rat, mit dem Zentrum nicht zu brechen und nur drei Mandate für die Polen zu fordern und erst, falls dies versagt werden sollte, zu brechen.

Die Gegenparlei behauptet dagegen, es sei nicht wahr, daß die Zentrumsparleiler die Hauptarbeitgeber in Schlesien seien. Mit Ausnahme einiger Magnaten seien alle anderen Andersgläubige und große Gegner des Zentrums. Wenn übrigens die Zentrumsanhänger auf derartige Weise sich für die Wahlen rächen wollten, dann seien sie jetzt schon nicht wert, daß man mit ihnen Bündnisse einginge. Gegen die eventuelle Rache würden die polnischen Arbeiter gegenwärtig durch die neuen Wahlvorschriften geschützt. Es sei nämlich ein Gesetz erlassen worden, auf Grund dessen jeder Wähler seinen Wahlzettel in einem besonders zu diesem Zwecke bereitgehaltenen Zimmer in einen Briefumschlag hineinlegen werde, so daß niemand erfahren könne, für wen er gestimmt habe.

Das Programm der neuen polnischen Partei besteht vor allen Dingen darin, die breitesten Bevölkerungsschichten zu nationalisieren. Zu diesem Zwecke wünscht sie die Wahlperiode, welche Ausnahmestellungen für die Agitation gewährt, auszunutzen. In dieser Zeit ist es den Agitatoren gestattet, sich unter die Volksmengen auf dem Lande und in den Industriebezirken zu begeben, es ist gestattet, Wahlaufrufe und andere Zeitschriften unter sie zu verteilen und überhaupt auf das Selbstbewußtsein so einzuwirken, wie es die Regierung wohl zu einer anderen Zeit nicht gestatten würde.

Die neue Partei hat Veranlassung, mit dem Zentrum sehr unzufrieden zu sein. Im Reichstage war es zwar für die Erteilung des polnischen Sprachunterrichts, in Schlesien aber germanisiert es das Volk um jeden Preis und nimmt keinen Anstand, das Verdeutschungssystem in Wort und Schrift, von der Kanzel und von den Lehrstühlen der Universität herab zu verteidigen. So lehrt z. B. der Geistliche, Professor Krawatsky in Breslau die Aleriker, daß sie ihre polnischen Parochianen germanisieren müßten, denn das oberschlesische Volk werde erst dann sich glücklich fühlen, wenn es verdeutschte sein werde.

Die Mehrzahl der dortigen Polen hat sich denn auch mit Recht gesagt: Bis hierher und nicht weiter! Hier erheischt es nicht mehr das Recht, sondern die Pflicht, zur Selbsthilfe zu greifen, namentlich wenn — wie versichert wird — die Kräfte dazu genügend vorhanden sind. Bei dieser Frontänderung können die oberschlesischen Polen nur gewinnen, verlieren können sie nichts, denn zu verlieren haben sie nichts.

An dies alles müssen wir denken, wenn wir von den Verhältnissen in Preußen sprechen, und von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir uns die neue Nationalbewegung betrachten. Die germanische Brandung schlägt immer mächtiger an den Körper der polnischen Gesellschaft an. Wir dürfen unseren Nacken nicht beugen und denken: „Die Wogen werden über uns hinweggehen und wir werden gerettet sein.“ Wir würden in ihnen zweifellos untergehen. Wir müssen vielmehr tapfer die Stirn bieten und auf keine Rücksichten Bedacht nehmen. Heute ist es nicht gestattet, über zweifelhafte Bündnisse nachzudenken, dagegen müssen wir zur Selbsthilfe greifen. Dieses Mittel ist nicht nur für Schlesien, sondern auch für alle unsere Landesteile.

Das Erwachen des Selbsthilfegedankens unter den oberschlesischen Landsleuten begrüßen wir mit Freude. Wir brauchen heute keine Kompromisse sondern eine kräftige, solidare Arbeit, eine Arbeit bis zum letzten Atemzuge, eine Arbeit auf allen Punkten!

Aus Nr. 243 des *Slowo Polskie* (Lemberg)

vom 27. Mai 1903:

Malum necessarium.

Mit dem ersten wärmeren Sonnenstrahl wanderten Tausende der ärmeren polnischen Bevölkerung auf Arbeit nach Sachsen, Preußen und Schlesien aus. Man schätzt die Arbeiterauswanderung auf rund 100 000 Menschen. Obwohl zur Zeit genaue statistische Angaben in Betreff der Auswanderungsziffer fehlen, so hat sie doch in den letzten Jahren eine derartige Höhe erreicht, daß sie (die Auswanderung) eine der wichtigsten Fragen geworden ist. Anfangs blickten wir mit Mißtrauen und Anst auf diese merkwürdige Erscheinung der neuen Völkerwanderungen, weil unser ungebildetes Volk in unbarmherziger Weise in Preußen ausgenutzt wird, selbst nichts oder nur wenig gewinnt, uns aber, die wir im Lande geblieben sind, infolge des Arbeitermangels dem Ruin entgegenführt. Wir müssen zugeben, daß, obwohl die jetzige Auswanderung eine anormale und für das Land wirtschaftlich ungesunde Erscheinung ist, sie trotzdem noch lange ein notwendiges Übel unserer gegenwärtigen galizischen Zustände, unserer wenig intensiven und kurze Zeit dauernden Arbeiten in der Landwirtschaft bleiben wird. Denn es ist bekannt, daß unsere Leute nicht so sehr die hohen Löhne, als die langdauernde Beschäftigung nach Preußen lockt. Dazu trägt auch die bei uns

auf einer sehr niedrigen Stufe stehende Industrie viel bei. Es handelt sich also darum, daß dieses „malum necessarium“ möglichst wenig Schaden bringe, sondern im Gegenteil, daß man aus ihm möglichst viel Nutzen für das eigene Land ziehe. In erster Linie müßte sich die Regierung des Schicksals der Auswanderung annehmen. Wir müssen mit Anerkennung zugeben, daß das *Slowo Polskie* wiederholt die Frage der Arbeitsnachweisstellen und des Mangels an einer Auswanderungsgesetzgebung angeregt hat, wir wissen jedoch aus Erfahrung, daß angesichts der bürokratischen Richtung des gegenwärtigen Kabinetts und der Machtlosigkeit des Parlaments die Erledigung dieser so vitalen Angelegenheiten noch lange nur ein frommer Wunsch unserer bereinenswerten Verhältnisse bleiben wird. Außer diesen Hauptmitteln haben wir noch viele andere, deren Anwendung gewissermaßen in unserer Macht liegt. Vor allen Dingen müssen wir auch die Schattenseiten der Arbeiterauswanderung in Erwägung ziehen.

Trotz aller Voreingenommenheit sehen wir, daß die Auswanderung für die armen Dorffamilien eine Wohltat ist. Tausende armer Familien haben ihre Schulden in den verschiedenen Kassen, ja sogar die Schulden nebst Zinsen bei den Juden abbezahlt und sich einige Stück Vieh angeschafft, während sie sich früher kaum ein Huhn kaufen können. Dies alles verdanken sie der Entsendung eines oder zweier Familienmitglieder auf Arbeit während mehrerer Jahre hintereinander. Diese Wohltäter ihrer Familien verdienen zur Zeit durchschnittlich 100 Gulden für eine 8monatliche Arbeitszeit auf dem Felde und kehren meist gut genährt und in der Arbeit trainiert nach Hause zurück. Wenn die Arbeiter diesen sauer verdienten Groschen richtig anzuwenden verstehen, d. h. wenn sie ihn nicht in Preußen ausgeben — und die Preußen sorgen dafür, daß das Geld im Lande bleibt — und wenn sie das nach Hause geschickte Geld nicht vergeuden, dann erreichen die Familien und deren Arbeiter ziemlich bedeutende materielle Vorteile. Außer diesem Gelde bringt der Landarbeiter nichts weiter nach Hause, dagegen verliert er viel in sittlicher Hinsicht. Auf die Frage nach der Ursache dieser traurigen Erscheinung gibt es nur eine Antwort: der ungeheure Mangel an Bildung.

Die Auswanderung nach Preußen rekrutiert aus den ärmsten Gegenden, der ungebildeten Bevölkerung Galiziens. Die Masuren nämlich gehen lieber nach Amerika.

Während einer ganzen achtmonatlichen Arbeitszeit bleiben die Landarbeiter völlig von der Heimat abgeschnitten. Von einem Briefwechsel mit der Familie kann nicht die Rede sein.

Die Arbeiter sind gegenwärtig an Ort und Stelle ihrer Arbeit, sie haben sich also auf die Dauer von acht Monaten unserem Einfluß entzogen. Denken wir jedoch, von welchem unschätzbaren Nutzen es sein würde, wenn jedem kleinen Haufen, in welchem sich doch stets einige des Lesens- und Schreibens Kundige befinden, allsonntäglich ein gutes Volksblättchen in die Hand gedrückt werden könnte.

Nach 7 Uhr Abends haben die Arbeiter täglich, namentlich aber an den Sonn- und Feiertagen den ganzen Tag frei, womit sollen sie ihn ausfüllen? Zu Hause besuchen sie die Kirche, sie besuchen sich gegenseitig oder kümmern sich um ihre Wirtschaft; in Preußen dagegen gehen sie, wenn sie ausgeruht haben, in die Schänke und vertrinken den sauer verdienten Groschen. Ein polnisches Blättchen würde ihnen mehr Nachrichten aus der Heimat bringen als alle Briefe, es würde sie mützlich zerstreuen und zum Teil auch ihre religiösen Bedürfnisse befriedigen, denn

manche Blättchen bringen religiöse Artikel, Auslegungen des Evangeliums, Lebensbeschreibungen der Heiligen usw.

Wir gehen ferner großen Aufgaben entgegen, nämlich der Einführung genossenschaftlicher und landwirtschaftlicher Gesetze. Jeder, der unseren Bauer kennt, kann sich leicht vorstellen, auf welche Schwierigkeiten eine derartige Neuerung in unseren ungebildeten Volksschichten stößt. In Preußen haben sich die Grundbesitzer zu Genossenschaften zusammengetan, und dies trägt ungeheuer zur Hebung der Landwirtschaft bei. Dies alles sieht der Auswanderer, aber infolge seiner Unkenntnis begreift er es nicht und schreibt den glänzenden Zustand der Landwirtschaft in der Fremde übernatürlichen Mächten zu. Das Volksblatt könnte den Auswanderern die Augen öffnen, könnte ihnen als Führer dienen, welcher ihnen jede unverständliche, aber nützliche Sache erklärte, namentlich, daß derartige Dinge auch bei uns zu Hause, natürlich unseren Verhältnissen angepaßt, von wirklichem Nutzen sein könnten. Das gleiche gilt von den verschiedenen landwirtschaftlichen Verbesserungen, von der Anwendung künstlichen Düngers, von den Vorteilen der Drainierung u. dergl. Der Auswanderer würde das alles als bereits ins Leben eingeführte Dinge betrachten und, nach Hause zurückgekehrt, versuchen, eine Änderung zum Besseren bei sich einzuführen.

Schließlich müssen wir noch bemerken, daß ein Wort in der Muttersprache in der Fremde eine viel größere Kraft und einen mächtigeren Reiz hat als zu Hause. Unsere Arbeiter verfügen während der Arbeitszeit über ein ziemlich bedeutendes bares Geld, so daß das gemeinschaftliche Bestellen eines kleinen Blattes für eine ganze Gruppe nicht viel ausmacht, namentlich wenn der materielle Vorteil, den die Leute durch das Meiden der Schanklokale haben, be-

rücksichtigt wird. Es handelt sich also hier hauptsächlich um die Anregung und Aufmunterung. Die Familie wird dies schriftlich nicht tun, denn sie ist zu ungebildet, die Volksblätter selbst müßten sich also der Sache annehmen.

Wie sehr unsere Arbeiter der Aufklärung bedürfen und wie sehr ihre Unkenntnis dem Lande schadet, werden wir aus der folgenden unwahrscheinlichen, aber wahren Tatsache erkennen.

Ein Bürger hatte sich von einem Vermittler, welcher Leute nach Preußen anwirbt, ein Anzahl Arbeiter unter denselben Bedingungen, wie in Preußen, bestellt. Der Vermittler, welcher seine Leute offenbar gut kannte, ließ sie in einen Waggon steigen, fuhr mit ihnen eine Strecke weit und brachte sie auf Umwegen an den Bestimmungsort. Anfangs waren die Leute sehr zufrieden, als sie jedoch erfuhren, daß sie sich nicht in Preußen, sondern nicht weit von ihrem Dorfe befanden, entließen sie alle nach Hause. Wenn sie aufgeklärter gewesen wären, hätten sie gewußt, daß nicht allein die Preußen den Vorzug haben, die Menschen zu bealücken. Sie würden aufhören, die Preußen als Wohltäter anzusehen, welche mit unseren immer billigeren und ausdauernderen Arbeitern immer bessere Geschäfte machen.

Wir wollen uns also nach Kräften der einzelnen Arbeitergruppen annehmen, damit das Volk Vertrauen zu uns gewinne und ihnen mit Rat und Tat beistehe. Zögern wir nicht, denn seitens der preußischen Kulturträger können wir auf eine Aufklärung unseres Volkes nicht rechnen. Die aufgeklärten Landarbeiter werden Vertrauen zu uns fassen und leichter im Lande verbleiben, welches ihnen mit Gottes Hilfe baldmöglichst Beschäftigung in intensiven Landwirtschaften oder in der erwachenden Industrie verschaffen möge.

